

China

Dr. Wang Bingzhang

Lebenslange Haft für verschleppten Bürgerrechtler



Der chinesische Bürgerrechtler Dr. Wang Bingzhang ist am Montag, den 10. Februar 2003, zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der 55 Jahre alte Wang ist einer der prominentesten Aktivisten der chinesischen Demokratiebewegung. Das mittlere Volksgericht in Shenzhen in Südchina warf ihm in einem Geheimprozess vor, „eine terroristische Gruppe organisiert und angeführt“ und Spionage für Taiwan betrieben zu haben. Mit Wang ist erstmals ein Bürgerrechtler wegen angeblichem Terrorismus angeklagt und verurteilt worden. Es ist außerdem die härteste Strafe für einen weithin bekannten politischen Gefangenen seit Wei Jingsheng 1979 zu 15 Jahren Haft verurteilt worden ist.

Die Anschuldigungen gegen Wang sind „grotesk“. Der in den USA lebende Bürgerrechtler Wei Jingsheng wies unter anderem darauf hin, dass die chinesischen Behörden für ihre Anschuldigungen keine Beweise vorgelegt hätten. Die Volksrepublik China führt im Gegensatz zu den sowjetischen Schauprozessen, die der kommunistischen Propaganda dienten, Geheimverfahren durch, ohne Beweise, ohne Zeugen, ohne Verteidigung und ohne Rechte.

Dr. Wang Bingzhang studierte Medizin in Kanada und lebte seit 1982 in den USA. Er gründete die erste exilchinesische Organisation für Demokratie, die Chinesische Allianz für Demokratie, und ist Mitbegründer des demokratischen Magazins, China Spring, das unter chinesischen Intellektuellen populär ist. Im Juni 2002 ist er zusammen mit zwei Mitstreitern unter ungeklärten Umständen in Vietnam aus seinem Hotel entführt und nach China verschleppt worden. Die drei Bürgerrechtler hatten sich mit Führern der im Entstehen begriffenen chinesischen Arbeiterbewegung treffen wollen. Wang war schon zuvor zweimal wegen seiner politischen Ansichten in China inhaftiert worden.

Mit meiner Unterschrift fordere ich die sofortige und bedingungslose Freilassung von Dr. Wang Bingzhang.

Vor-, Nachname	Straße	Plz, Ort	Unterschrift

Bitte einsenden an die: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt / Main. Tel.: 069-420 108-0, Fax: 069-420 108-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de

